Saar-Post

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Geschrieben & mit wahrhaftigem Gemüthe, Saarlouis, Kl. Markt 1.
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung
Fernsprecher 20 und 82. Postscheck 39

18 DESIDERAT ATQUE FOVET 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frk. 11.00.
Zahlungsziel: Die Zeitzahlung 40 mm-Zeile 0.65 Frk. Text Deutschlands 10 Pfg. Amtliche Anzeigen 50 Cent.

Nr. 276 Saarlouis, Donnerstag, den 29. November 1928. 57. Jahrgang

Englands Pläne über ein Groß-Afrika.

Die politische Mission des englischen Thronfolgers in Ostafrika. — Was sagt der Völkerbund dazu?

Londoner Korrespondenten amerikanischer Blätter bringen bezeichnenderweise Einzelheiten anläßlich der „Inspektionsreise" des Prinzen von Wales, die nicht den Beiden des Königs Schönes gilt, sondern ganz anderen Zielen:

„Der Prinz operiert als Mittelpunkt des Kolonialrates und der britischen Regierung in einer Kolonialkolonie, von welcher die Entwicklung eines neuen Kolonialreiches, das an die Stelle der Deutschen treten soll, weit klüger als bisher geschehen kann."

Der Londoner Korrespondent der „Manchester Times" behauptet, daß der Kronprinz der Mandatsgebiete Tanganyika, Ostafrika, Kenia, Uganda und Nyasaland, die Gebiete, die bis vor kurzem noch zum Thronfolgerbereich des Prinzen Gebiete gehört jetzt heißen Prince of Wales und der Herzog von Gloucester.

Der Prinz, von der ich gestern berichtete, verbrachte in seiner neuen Residenzstadt Sein, damit die britischen Kreisgerichte nach Nairobi Gebiete gebracht werden und damit es britisch bleibe. Die britischen Gerichtshöfe werden nicht mehr in Sein Dienstreisen, sie sind anhängig, die sich in diesen Gebieten bestimmenden Fragen über Kapitalanlage soll sich in Zentralorten konzentrieren, die 15 und mehr Tagesreisen von Nairobi entfernt sind.

Dadurch, daß das südliche Deutsch-Ostafrika England als ein Mandatsgebiet zugeteilt wurde, erreicht sich man von Nairobi Mittel bis Kenia, Uganda und Nyasaland, die Gebiete von der Größe des dreifachen Teiles der Vereinigten Staaten, hinzuzufügen für die Mission, mit großen Mittelmaßen an Geld, Kapitalmarkt und Arbeitskräften, die Kolonien zu einem Kreuzstaat der Welt. „Die Zeit ist gekommen, die Hauptverkehrswege und die Entwicklung der Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete zu ordnen" — das ist jetzt das Leitmotiv in den höchsten britischen Kreisen. In den kommenden Wochen wird von der Londoner City überlegt werden, ein Syndikat zu errichten, die Mittel zur Entwicklung der Kolonien bereitstellen. Die Zeitschriften werden die Märkte des Mandatsgebietes Tanganyika preisen, das große Interesse erwähnen, das die Industrie und Großindustrie an der Erschließung des Landes zu nimmt, damit noch mehr britisches Kapital in diese Gebiete fließt und der britische Geist noch stärker als bisher sein Mittel. Es wird gesagt werden, daß der Bau der Bahn nach Tanganyika dem amerikanischen Kapital ebenbürtig sei, daß der Bahnbau bereit gebaut, daß sich Wegen bauen teil und so weiter.

Die amerikanische Presse merkwürdig bereit, daß die Verschiebung der britischen Macht nach dem Osten Afrikas in der ganzen Welt, Amerika nicht ausgenommen, Interesse und Aufmerksamkeit erregen wird.

„Der britische Vorstoß, Ausbau des früheren Deutsch-Ostafrika, bereit zu entwickeln und fortzuführen, muß unbedingt Deutschland interessieren, da sie die Hoffnung nicht aufgegeben hat, jetzt oder später wieder Kolonialmacht zu werden, ähnlich wie Japan und Kanada sehr stark interessieren, weil sich jetzt, daß dieses britische Interesse für Ostafrika mit der Macht eine ganzen Reiches, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Indien und Japan, Mandatsgebiete haben, ihre Interessen sind also ganz so jedenfalls."

Amerikanische Einladung zu einer britisch-amerikanischen Flottenkonferenz.

Washington, 28. Nov. Der Vorsitzende des Marineausschusses des Repräsentantenhauses, Britten, hat an den britischen Botschafter Sir Esme Howard eine Einladung in den er erregt, es sollte eine gemeinsame Konferenz zum Wiederbeginn des britischen Parlaments und der Marineausschüsse des Repräsentantenhauses und des Senates stattfinden, um die Frage der Gleichheit der Kreuzerstärke beider Staaten in allen Kriegsfahrzeugen, die nach den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz noch nicht erreicht sind, zu erörtern. Britten telegraphierte sofort vor, daß die Konferenz nach dem 3. März in London zusammentreten sollte. Nach Verabredung der Abstimmung nahmen die beiden Telegramme ihren Regierungen Beschlüsse vorzulegen haben. Zu einem Interview erklärte Britten, er habe sich zu diesen Telegramm entschlossen um Klarheit auf die Rede des Premierministers zu erhalten, in der er von Gleichheit der Kriegsflotten sprach. Unterredungen zwischen britischen und amerikanischen Vertretern zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses seien gepflogen haben.

Widerstand in England gegen Poincarés „Versailles-Geläute"

Vor der Antwort der Alliierten.

„Times" lehnt die Reparationskommission ab.

London, 28. Nov. In der gestrigen Ausgabe der „Times" wird ausgeschließlich „Times" zu der neuerlichen französischen Verschiebungsvorschlag der Reparationskommission Stellung genommen. Zu Wort gibt die Ausführungen des englischen Schatzkanzlers wieder, daß nunmehr ohne Verzug die Beschlüsse durchführbar werden müßten, die am 6. September in Genf gefaßt worden seien. Das deutsche Memorandum gab wohl über eine Neuinanspruchnahme des deutschen Standpunktes in der Reparationsfrage hinaus und verspätete die Alliierten ebenso wenig, wie die deutsche Regierung durch die Memorandum der Alliierten verpflichtet ist. Die Antwort der englischen Regierung auf die deutsche Mitteilung vom 30. Oktober ist unmittelbar fertiggestellt und werde in Berlin übermittelt werden, sobald die anderen Regierungen sich gleichfalls in Berlin zu in der Lage haben. Es würde in der Antwort das Regierung vorzutragen, daß die jüngsten Forderungen, die vom Deutschland vorbringen, unmöglich erscheinen, daß die Verpflichtungen der Alliierten aus ihren Kriegsschulden überwiegen und ferner noch beschränkter sein müßten, die nicht über die den Deutschen bereits gewährten Grenzen hinaus und noch für gewisse Deutschland zu gewährende Vorteile bestimmt werden sei. Es sei möglich, daß die deutsche Regierung geneigt wäre, die Zahlungen der Kriegsschulden der verschiedenen Sachverständigen durch ihren Beschluß bei in Washington zu ergreifen. Ein solcher deutscher Schritt würde dann durch die Konferenz der beiden Mächte zu erwägen sein, die das Washingtoner Abkommen unterzeichnet haben.

Es ist klar, daß das Ziel, gegen den sich Poincarés Plan, die Sachverständigen-Kommission zu einberufen zu lassen, die Kommission hat, ein Versuch Deutschlands verzögern ist. Die Kommission habe nach dem Versailler Vertrag keine Befugnisse. Auf seinen Fall aber könne die Reparation eine Kommission einmal, in der auch Deutschland vertreten sei. Nachdem man den den französischen Vorschlag gemäß, daß Deutschland mit einem unsern Gegenplan. Sie sagten, daß unser die deutsche Sachverständigen durch, die deutsche Regierung, die alliierten und amerikanischen Sachverständigen aber durch die Regierungsvertreter ernannt werden. Auch dieser Gedanke sei abgelehnt.

Schließlich erklärten sie, kennzeichnet das Arbeiterblatt „Daily Herald" die neue Einteilung spaltet der Alliierten gegenüber Deutschland. Der Herald sagt:

„Es verbanden somit de facto die ehemaligen Alliierten mit der Mitgliedner einer bestehenden Allianz mit auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite. Die Konferenzen zwischen Poincaré und Stresemann. Der Schwächerstand heute einer Allianz von Mächtigen gegen Deutschland. Dieser Zustand ist an sich nicht sehr wiederbereinigt. Tatsächlich bestreitet man in London und bei den Alliierten keine einer wirklichen Verabredung der Konferenzen."

Lenkt Frankreich ein?

Berlin, 28. Nov. Einer Londoner Drahtung Ferr „DA" zufolge hat die englische Regierung den übrigen in Paris versammelten Mächten den Text eines Antwortmemorandums an Deutschland unterbreitet. Die Rückantworten der Mächte werden täglich erwartet. Es ist die Absicht, mit dem englischen Memorandum Deutschland zu reisen, so daß die gemeinsamen Memorandum zusammen ihnen, wie vielfach hingestellt.

Die Meinungen aus Paris belagen, wurde gestern am Quai d'Orsay gegenüber der deutschen Kritik begründet, der von französischer Seite vorgeschlagenen Einladung zur Reparationskommission erklärt, die französische Regierung habe mit diesem Vorschlag die Angelegenheit einem Schritt vorwärts gemacht, der die Reparationskommission in die Lage ergreifen ermöglicht, wie gemäß dem Friedensvertrag die Aufgabe zu lösen, von Zeit zu Zeit die nötigen Abänderungen zu Festsetzung der Zahlungsbedingungen ergreifen. Dabei sei jedoch nicht verlaute worden, daß die Situation heute eine andere sei als 1923, da Deutschland heute vollkommen gleichberechtigt an den Arbeiten des Ausschusses teilnehmen werde.

— Demzufolge erscheint die Vermutung berechtigt, daß der französische Vorschlag trotz dieser Verschlimmerungsmöglichkeit wurde, doch auch mit besonderer Wahr Staaten, Italien und Japan in den Verhandlungen zu gehen.

Die Düsseldorfer Einigungsverhandlungen

Neue Kündigungen.

Eine Einigung bevorstehend?

Düsseldorf, 28. Nov. Im Laufe der gestrigen Parallelsitzungsverhandlungen beim Regierungspräsidenten Vergemann wurde vorläufiges eine Reihe Verhandlungsvorschlägen gemacht, der auf Verhandlerseite angehörten Gewerkschaftsführer Reichel (Allgem. Metallarbeiterverband), Gewerkschaftssekretär Schmitz vom Christlichen Metallarbeiterverband und Generalsekretär Graßmann (Zentralverband der Angestellten), von den Arbeitgebern wurden sie bei der vorigen Kommission: entsandt Geheimrat Lang (Krupp A.-G.), Direktor Wahn (Gutehoffnungshütte Vereinigung der Metallarbeitgeberverbände Nordwest) und Direktor Stahl (von der Demag). Nach kurzer Unterbrechung in der Mittagspause wurden die Verhandlungen um 4 Uhr fortgesetzt.

Düsseldorf, 27. Nov. Wie wir erfahren, wollen bei den heutigen gemeinsamen Verhandlungsverhandlungen zu einer Einigung in der Metallindustrie eine Einigung herbeiführen. Die Gewerkschaften erklärten im Verlauf der Verhandlungen, an dem Vorschlag des Regierungspräsidenten vom 6. November zu, an dem Spruch von Gewerkschaftsseite gemachten Ergänzungsvorschlag festhalten zu müssen. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, die Arbeitgeber müßten der Gewerkschaftsseite, die Lage des Mitwirkens hierüber mit den Mitgliedern nochmals Stellung zu nehmen. Die Gewerkschaften glaubten, daß dies die beste Grundlage sei, die Bewegung zu einem günstigen Ende für beide Teile zu führen.

Tarifkündigungen in der westdeutschen Metallindustrie.

Köln, 28. Nov. Der Verband der Metallgewerbetreibenden der Rheinlande hat den Lohntarifvertrag für die Eisen- und Stahlindustrie zum 1. Januar 1929 gekündigt. Alle von Gewerkschaftsseite mitgeteilt wird, ist der Vorstand für die Eisen- und Stahlindustrie vom Arbeitgeberverband zum 1. Januar 1929 gekündigt worden.

Kündigung des Arbeitszeitabkommens für die rechtsrheinische Textilindustrie.

Elberfeld, 28. Nov. Der Verband der Textilindustrie hat gestern den Gewerkschaften an die Textilarbeiterverbänden das Lohn- und Arbeitszeitabkommen für die Textilindustrie im rechtsrheinischen Bezirk zum 31. Dezember 1928 gekündigt. In den Betrieben wird auf die Zukunft unglaubliche Lage der Betriebe der rechtsrheinischen Textilindustrie hingewiesen und vorgeschlagen, das vorgeschlagene Lohn- und Arbeitszeitabkommen in der bisherigen Form unverändert mit Gültigkeit bis 31. Dezember 1930 zur Grundlage der neu zu treffenden Regelung zu machen. In den in Betrieben bestehenden Betrieben sind 50000 Arbeiter beschäftigt.

Das Reichskabinett zur Aussperrung.

Berlin, 28. Nov. Das Reichskabinett hielt heute nachmittag die angekündigte Sitzung ab. Es ist anzunehmen, daß dabei Reichsarbeitsminister Dr. Curtius die Frage der Unterschlagung im Ruhrgebiet zur Sprache gebracht hat. Um 1.30 Uhr hielt die Reichsregierung mit den Deutschen Bildungsrat zusammen, um diese Frage nach dem Bericht des Reichsarbeitsministers erneut zu behandeln.

Berlin, 28. Nov. Ueber die heutige Sitzung des Reichskabinettes wird mitgeteilt, daß die Arbeitslosigkeit im Ruhrkohlenbergbau, die Aussperrung im Ruhrgebiet zur Sprache gebracht hat. Um 1.30 Uhr hielt die Reichsregierung mit den Deutschen Bildungsrat zusammen, um diese Frage nach dem Bericht des Reichsarbeitsministers erneut zu behandeln.